

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** - (1971)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Die politischen Parteien in der Schweiz  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-911118>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Inhaltsverzeichnis

Lokalnachrichten	2
Die politischen Parteien	3
Sport	6
Die Schweiz von Tag zu Tag	7
Offizielle Mitteilungen	9
Der 8. AHV-Revision entgegen	10
Kurzwellendienst	11
Auslandschweizer-Tagung	12
Die Schweiz und ihre Wirtschaft	16
Surlej im Oberengadin muss gerettet werden	18

Sehr geehrte Leser,  
Mit verdankenswerter Unterstützung durch das Eidgenössische Politische Departement und in enger Zusammenarbeit mit diesem hat das Auslandschweizersekretariat der Neuen Helvetischen Gesellschaft die vorliegende erste Nummer eines Mitteilungsblattes in deutscher Sprache ausgearbeitet, das allen Schweizern in den Niederlanden und in Skandinavien zugestellt wird. Findet dieses Blatt Anklang, soll es viermal im Jahre erscheinen. Es enthält regelmässig auch die offiziellen Mitteilungen der schweizerischen Botschaften, Generalkonsulate und Konsulate, sowie die Nachrichten der Schweizer Gemeinschaften in den Ländern, in welchen es zur Verteilung gelangt.  
Wir hoffen, dass diese Publikation Ihr Gefallen findet.

### Es ist nie zu spät

um etwas Vergessenes nachzuholen. Allen welche bisher noch nicht dem Solidaritätsfonds der Auslandschweizer beigetreten sind, möchten wir nahelegen dies nachzuholen. Alle offiziellen schweizerischen Vertretungen im Ausland stehen zu Ihrer Verfügung um Ihnen die nötigen Auskünfte über dieses Selbsthilfswerk zu geben. Von diesen Vertretungen können Sie auch die nötigen Anmeldeformulare erhalten, die den Interessenten umgehend zugestellt werden.

# Die politischen Parteien in der Schweiz

## Die Aufgaben der Parteien

Im Jahre 1919 wurde für die Wahl des Nationalrates das Proporzsystem eingeführt. Diese Wahlart garantiert eine gerechte Vertretung auch der kleinen Parteien. Trotz dieser Ausrichtung auf die Parteien, kennen die wenigsten Schweizer alle Parteien, geschweige denn ihre genauen Ziele und nur 10 Prozent treten einer solchen Organisation bei. Dies mag wohl der Tatsache zugeschrieben sein, dass in einer direkten Demokratie mit umfangreichen Rechten für den einzelnen Bürger die materiellen Entscheide weit wichtiger sind als partei-ideologische Auseinandersetzungen. Der Stimmberechtigte zieht es vor, zu den verschiedenen Problemen persönlich Stellung zu nehmen, so z. B.: zum Kartellverbot, zum Kampf gegen die Bodenspekulation, zur Erhöhung des Benzin-Einfuhrzolls oder zur Besteuerung alkoholischer Getränke. Viele Wähler sind übrigens der Ansicht, dass die Parteien nur eine nebensächliche Funktion ausüben. So entscheiden sich die Stimmbürger oft ganz anders als ihnen die Parteien empfohlen haben. Trotzdem wäre es weit verfehlt zu behaupten, die Parteien hätten in der Schweiz überhaupt keinen Einfluss. Wie in anderen Ländern wirken sie auch hier auf die politische Willensbildung. Für die Wahl der Volksvertreter im Parlament spielen die Parteiprogramme eine wesentliche Rolle, und nur selten wird einer ausschliesslich seiner überragenden Persönlichkeit wegen gewählt.

## Eine Vielzahl von Parteien

Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo das Zweiparteiensystem herrscht, gibt es in der Schweiz mehrere Parteien mit ganz verschiedenen, zum Teil aber auch ähnlichen Zielsetzungen. Schon 1848, als das erste eidgenössische Parlament eingesetzt wurde, zählte man im Parlament bereits Mitglieder dreier verschiedener Parteien: Liberale, Radikale und Christlich-Kon-

servative. Heute findet man im National- und Ständerat Vertreter von elf verschiedenen Parteien.

Die nachstehende Aufstellung gibt eine Übersicht über die Ziele der verschiedenen Parteien, die in der Reihenfolge ihrer Anzahl Vertreter im Nationalrat aufgeführt werden. Eine Tabelle über die Sitzverteilung im neuen Parlament findet sich weiter unten.

## I. Die Freisinnig-Demokratische Partei

Die Gründung der Partei fällt in das Jahr 1894. Vorläufer waren die national-radikalen Vereinigungen aus den Jahren 1835 und 1873. Ihren Höhepunkt erlebten die Radikalen in der Zeit von 1848 bis 1919, denn in all diesen Jahren belegten sie mehr als die Hälfte aller Parlamentssitze.

Zu den bedeutendsten Zeitungen, die die radikale Politik vertreten, gehören: Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), die Solothurner Zeitung, das Luzerner Tagblatt und das St. Galler Tagblatt.

Am meisten Mitglieder verzeichnet diese Partei in den Kantonen Waadt, Luzern und Zürich.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes:

1. Bildung von Privatvermögen und damit Stärkung der dritten Säule, neben den Leistungen des Staates und des Arbeitgebers.
2. Ausbau der Sozialversicherung insbesondere Deckung der Spitalkosten.
3. Förderung des Umweltschutzes durch kurzfristige Massnahmen.

## II. Die Sozialdemokratische Partei

Die Anfänge dieser Partei gehen zurück auf das Jahr 1870. Gegründet wurde die Partei jedoch 1887.

Die wichtigsten Zeitungen: AZ (Zürich), Tagwacht (Bern), «Le Peuple».

Die Sozialdemokraten sind vor allem vertreten in den Kantonen: Bern, Schaffhausen, Basel-Stadt und Aargau.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes lauten:

1. Verwirklichung einer Volkspension und einer allgemeinen Krankenversicherung.
2. Kontrolle des Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Expansion im Interesse der Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt.

### **III. Die Christlich-Demokratische Volkspartei**

Diese Partei, die sich noch bis vor kurzem Katholisch-Konservative Volkspartei nannte, weist eine ausserordentliche Kontinuität auf. Denn seit 1878 blieb ihre Sitzverteilung praktisch unverändert.

Die wichtigsten parteiverbundenen Zeitungen: Das «Vaterland» (Luzern), La Liberté (Freiburg), Neue Zürcher Nachrichten, Popolo e Libertà (Bellinzona).

Vertreten ist diese Partei besonders in den Kantonen Luzern und der gesamten Zentralschweiz, Freiburg, Wallis und St. Gallen.

Aus dem Parteiprogramm werden folgende Anliegen genannt: Vom Bruttosozialprodukt soll ein grösserer Anteil als bisher verwendet werden für Bildung und Forschung, öffentliche Wohlfahrt, Umweltschutz, Wohnungsbau, Entwicklungshilfe.

### **IV. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei**

Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei bildete sich 1918 aus der Nationalen Partei.

Die wichtigste parteiverbundene Zeitung ist das «Berner Tagblatt».

Am meisten Mitglieder zählt diese Partei in den Kantonen Bern und Aargau.

Sie will vor allem die Interessen der Bauern, der Gewerbetreibenden und der Bürger, d. h. all derer, die einen freien, unabhängigen Beruf ausüben, vertreten.

### **V. Der Landesring der Unabhängigen**

Die Gründung des Landesrings der Unabhängigen fällt in das Jahr 1935.

«Die Tat» ist die bedeutendste dieser Partei verbundene Zeitung.

Die Mitglieder des Landesrings der Unabhängigen finden sich vor allem

in den Kantonen Zürich, Luzern und Bern.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes: Die Forderungen der Entwicklung der Infrastruktur erfüllen, denn die Wirtschaft diene bisher allzu sehr der Bereicherung einiger weniger und vernachlässigte das Kollektiv. In Zukunft muss die Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag auf die Ausbildung der Jugend und den Unterhalt der Kranken und Alten leisten. Das eigentliche Ziel dieser Partei ist eine konstruktive Opposition.

### **VI. Die Liberal-Demokratische Union der Schweiz**

Die Liberal-Demokratische Union bildete sich 1893 aus der Nationalen Partei.

Die wichtigsten parteiverbundenen Zeitungen: «Gazette de Lausanne», «Journal de Genève», «Basler Nachrichten».

Die Liberal-Demokraten sind in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Basel-Stadt vertreten.

Die Hauptpunkte des Parteiprogrammes:

1. Freiheit und Wohlfahrt des einzelnen Bürgers und Respektierung von Recht und Ordnung.
2. Wettbewerbsfreiheit und freie wirtschaftliche Entfaltung des Individuums.
3. Ausbau der Altersvorsorge durch Unterstützung aller drei Säulen.

### **VII. Die Demokratische Partei der Schweiz**

Die Demokratische Partei der Schweiz wurde 1896 gegründet und 1941 erneuert.

Dieser Partei ist vor allem die «Neue Bündner Zeitung» in Chur verbunden.

Die meisten Demokraten finden sich in den Kantonen Graubünden, Glarus und Zürich.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes:

1. Betreiben einer strukturierten Politik, die die wirtschaftlich schwachen Landesteile berücksichtigt. Damit sollen grosse Ballungszentren vermieden werden.
2. Gleiche Bildungschancen für alle.
3. Eine Altersversicherung, die den Betagten ihre gewohnte Existenz sichert.

### **VIII. Die Partei der Arbeit**

Die Partei der Arbeit wurde 1921 gegründet.

Parteiverbundene Zeitung: «La Voix Ouvrière» (Genf).

Mitglieder dieser Partei finden sich vor allem in den Kantonen Genf, Basel-Stadt, Waadt und Neuenburg. Aus dem Parteiprogramm: Die Partei der Arbeit strebt eine von Grund auf neu durchdachte Änderung der AHV an. Eine diesbezügliche Initiative wurde von ihr bereits eingereicht.

### **IX. Die Evangelische Volkspartei**

Die Evangelische Volkspartei wurde 1919 gegründet.

Vertreten ist diese Partei vor allem in den Kantonen Zürich, Basel, Schaffhausen, Aargau und Thurgau.

Die wichtigsten Punkte des Parteiprogrammes:

1. Schutz der Umwelt. Förderung der Forschung auf diesem Gebiet.
2. Kampf gegen eine Konzentration wirtschaftlicher Macht und besserer Schutz des Individuums.
3. Vorsorglicher Schutz für Drogengefährdete.

Die beiden folgenden Parteien sind seit den Wahlen von Ende Oktober 1971 neu im Nationalrat vertreten:

### **X Die Nationale Aktion für Volk und Heimat**

### **XI. Die Schweizerische Republikanische Bewegung**

Wie die «Nationale Aktion für Volk und Heimat» bestehen die Republikaner auf der Reduktion des zu hohen Ausländerbestandes auf ein tragbares und vernünftiges Mass. Ferner fordern sie einen unverzüglichen Stopp des Ausverkaufs der Heimat. Durch Beschränkung der Wirtschaft will man einen Abbau der Überfremdung erreichen.

### **Einheit in der Vielfalt**

Ihre Entstehung verdanken die politischen Parteien in der Schweiz alle einer toleranten, der Freiheit einen grosszügigen Spielraum gewährenden Rechtsordnung. Dieselbe Freiheit spiegelt sich auch innerhalb der Parteien wider, die weder allmächtig und straff organisiert sind noch einen besondern Stimmzwang



auf ihre Mitglieder ausüben. Hinzu kommen auch die zahlreichen kantonalen Unterschiede. So kann ein Radikaler aus Bern nicht ohne weiteres mit einem solchen aus Zürich gleichgesetzt werden und noch weniger mit einem solchen aus dem Tessin, wo der Liberalismus viel mehr auf die Religion bezogen wird als auf die Wirtschaft, wie dies etwa in den Industriekantonen der Fall ist. Sogar die Sozialdemokraten, die ihren kantonalen Sektionen nur eine beschränkte Autonomie eingestehen, kommen nicht darum herum, gewissen regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Trotz diesen unzähligen Merkmalen gibt es keine Partei, die nur eine Sprachgruppe vertritt. Ein solcher Versuch der «Parti Unitaire Romand», die die Interessen des französischen sprechenden Teils vertreten wollte, war bei den vorletzten Nationalratswahlen 1967 zum Scheitern verurteilt und wurde bei den jüngsten Wahlen nicht mehr unternommen. Mit dem Sprachunterschied allein lässt sich in der Schweiz glücklicherweise keine Politik betreiben.

Das Prinzip der schweizerischen Demokratie ist – um mit den Worten des grossen Geschichtsforschers und Schriftstellers André Siegfried zu sprechen –, dass sich jeder Bürger in erster Linie der Gemeinde und erst in zweiter und dritter Linie dem Kanton und dem Bund verpflichtet fühlt. Die Gemeinde bildet die Grundlage. So entstehen auch die Gesetze meistens durch eine Synthese regionaler und kultureller Überlegungen.

Die Tendenz geht heute immer deutlicher in Richtung einer Vermischung aller Parteien. Die sozialen und beruflichen Unterschiede fallen viel weniger ins Gewicht als früher, und Freierwerbende geben ihre Stimme ebenso oft der sozialistischen Liste wie Arbeiter die ihre den Radikalen oder sogar Liberalen. Wie oben dargestellt, vertreten ausgesprochen bürgerliche Parteien Programme, die noch vor einiger Zeit nur Sozialdemokraten hätten vertreten dürfen.

Nachdem nun die Sitze im Nationalrat für die 39. Legislaturperiode verteilt sind, lässt sich auch eine endgültige Bilanz für die Parteien zie-

hen. Den grössten Verlust verzeichnen die Sozialdemokraten, die mit fünf Sitzen weniger im neuen Nationalrat sitzen. Gewichtig ist auch der Verlust des Landesringes, der drei Sitze einbüsste. Je einen Sitz weniger weisen die Christlichdemokraten und die Demokraten auf. Während die traditionellen Parteien stagnierten oder Sitze abtreten mussten, haben die Republikanische Bewegung mit sechs zusätzlichen Sitzen und die Nationale Aktion mit vier Sitzen einen deutlichen Gewinn zu verzeichnen.

Die Sitzgewinne und -verluste der einzelnen Parteien bei den Nationalratswahlen seit den ersten Nachkriegswahlen sieht folgendermassen aus:

	1971	1967	1963	1959	1955	1951	1947
SP	46	51	53	51	53	49	48
FDP	49	49	51	51	50	51	52
CVP	44	45	48	47	47	48	44
SVP	23	21	22	23	22	23	21
LdU	13	16	10	10	10	10	9
Lib.	6	6	6	5	5	5	7
Dem.	–	3	4	4	4	4	5
Pda	–	5	4	3	4	5	7
EVP	3	3	2	2	1	1	1
Rep.	7	1					
NA							
	200	200	200	196	196	194	

#### Der neue Ständerat

Zürich  
Bern  
Luzern  
Uri  
Schwyz  
Obwalden\*  
Nidwalden\*  
Glarus\*  
Zug\*  
Freiburg\*  
Solothurn  
Basel-Stadt  
Basel-Land  
Schaffhausen  
Appenzell A. Rh.  
Appenzell I. Rh.\*  
St. Gallen  
Graubünden\*  
Aargau  
Thurgau  
Tessin  
Waadt  
Wallis  
Neuenburg  
Genf

\* Keine Ständeratswahlen

Honegger (FDP, bisher), Heimann (LdU, bisher)  
Krauchaler (BGB), Péquignot (FDP)  
Knüsel (FDP, neu), Leu (CVP, bisher)  
Muheim (CVP, neu), Arnold (CVP, neu)  
Oechsli (CVP, bisher), Ulrich (CVP, bisher)  
Dillier (CVP)  
Amstad (CVP)  
Hefti (FDP), Stucki (Dem.)  
Andermatt (FDP), Hürlimann (CVP)  
Roulin (CVP), Torche (CVP)  
Luder (FDP, bisher), Weber (Soz., neu)  
Wenk (soz., bisher)  
Jauslin (FDP, bisher)  
Bächtold (FDP, bisher), Graf (BGB, bisher)  
Nänny (FDP, bisher)  
Broger (CVP)  
Hofmann (CVP, bisher), 2. Wahlgang  
Theus (Dem.), Vincenz (CVP)  
Reimann (CVP, bisher), Urech (FDP, neu)  
Herzog (BGB, bisher), Munz (FDP, bisher)  
Bolla (FDP), Stefani (CVP)  
Guisan (Lib., bisher), Pradervand (FDP, bisher)  
Bodenmann (CVP, bisher), Lampert (CVP, bisher)  
Grosjean (FDP, bisher), 2. Wahlgang : Aubert (Soz.)  
Lise Girardin (FDP), Olivier Reverdin (Lib.)

Lise Girardin, erste Ständerätin  
Erwartungsgemäss blieb die parteipolitische Zusammensetzung in der Kleinen Kammer unverändert. Daran vermag wohl auch die Tatsache wenig zu rütteln, dass in den Kantonen Solothurn, Aargau, St. Gallen, Neuenburg, wo die Ständeräte erstmals vom Volk gewählt wurden, und Tessin noch ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden muss. Der Ständerat, in den die Genfer die freisinnige Lise Girardin als erste Frau entsenden, wird auch in den nächsten vier Jahren Domäne der bürgerlichen Parteien sein.

